werden und verlangt einen angemessenen Platz am Tische der Gesellschaft. Darin bestehen in der deutschen Arbeiterbewegung keine Meinungsverschiedenheiten. Nun haben wir aber in der deutschen Arbeiterbewegung die starke sozialdemokratische Richtung. Diese hat die Arbeiter-, auch die Gewerkschaftsbewegung mit antireligiösen und parteipolitischen Zielen belastet. Demgegenüber war die Gründung einer selbständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Naturnotwendigkeit. Welche Stellung nimmt nun diese letztere Bewegung ein gegenüber dem Staat und der Gesellschaft?

Nach sozialistischen Begriffen besteht die Volksgesamtheit nur aus Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die Ausbeuter verfügen über die politische Macht, die Regierung ist nur der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klassen. Die Arbeiter aller Länder sind Brüder, alle übrigen Volksschichten sind als Gegner der Arbeiter anzusehen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung sagt sich, daß unser verwickelter Gesellschafts- und Wirtschaftsorganismus sich nicht in die sozialistische Schablone: Ausbeuter und Ausgebeutete pressen läßt. Neben grundsätzlichen, verbinden die Arbeiterschaft auch gemeinsame Interessen mit den übrigen Volksschichten und der Nation, der sie angehören. In ideeller Hinsicht bestehen gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur, gemeinsame Interessen auf religiösem Gebiete. In materieller Hinsicht sind die Arbeiter sehr stark interessiert an dem Stand und der Entwicklung der einheimischen Volkswirtschaft. Die Arbeiter niedrig stehender Kulturnationen können jenen höherstehender größere Schwierigkeiten machen, als die Scharfmacher im eigenen Lande. So schlecht wie die Sozialdemokratie unser Vaterland hinstellt, ist es doch nicht. Es nimmt seinen Bürgern nicht nur Steuern ab und ärgert sie mit Schutzleuten. Die ganze übrige Kulturwelt leistet zusammen an Sicherstellung der Lohnarbeiter bei Krankheit, Invalidität und Unfall nicht so viel wie die deutsche Arbeiterversicherungsgesetzgebung allein. Die christliche Arbeiterschaft sei entschlossen, an dem Ausbau und der Vervollkommnung des Gegenwartsstaates mitzuwirken. Sie hat an diesen Staat noch viele Forderungen zu stellen, ist aber auch bereit, die Pflichten gegenüber dem Staat auf sich zu nehmen.

Gegenüber den Unternehmern sagen die Sozialdemokraten, daß unüberbrückbare Gegensätze vorliegen. Da ein Ausgleich der Interessen der Arbeitgeber mit denen der Arbeiter in der gegenwärtigen Ordnung nicht möglich sei, müßte eine vollständig neue Wirtschaftsordnung geschaffen, die Produktion müsse durch den Staat betrieben werden. Der private Arbeitgeber sei ein überflüssiger und schädlicher Nutznießer im Wirtschaftsorganismus. Die christliche Gewerkschaftsbewegung dagegen erkennt in der heutigen Wirtschaftsordnung keine schlechtere als in der sozialistischen. Der private Arbeitgeber übt bei richtiger Ausnützung seiner Stellung außerordentlich wichtige Funktionen in der Volkswirtschaft aus. So z. B. die vorteilhafte Ausnutzung der Rohprodukte, Auskundschaftung der Absatzgebiete, zweckmäßiges Ineinandergreifen der Arbeit, die unausgesetzte Spekulation auf die Vervollkommnung der Technik. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß bei einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, bei der die freie, frische Konkurrenz fehlt, der heutige hohe Stand der Technik hätte erreicht werden können. Auch beurteilt die christl. Gewerkschaftsbewegung die Tarifverträge anders wie die Sozialdemokratie. Letztere sieht in den Tarifverträgen nur Ruhepunkte zur Stärkung der Arbeiterorganisationen und betrachtet sie nur als Etappe zum sozialistischen Endziel. Die christl. Gewerkschaften erblicken in den Tarifverträgen ein geeignetes Mittel zur ruhigen und soliden Weiterentwicklung des Gewerbes und zum schrittweisen Aufsteigen der Arbeiterschaft. Ihre Kämpfe um den Vertrag im Produktionsprozeß betrachten die christlichen Gewerkschaften nicht als Klassenkampf, sondern sie erstreben damit einen gerechteren sozialen Ausgleich, um ihrerseits an einer größeren Klassenversöhnung mitzuwirken. Hinsichtlich der Stellung der christl. Gewerkschaften zur Religion ist festzuhalten, daß sie keine religiösen, sondern interkonfessionellen Organisationen sind, in denen der Teil der deutschen Arbeiterschaft, der an seinen religiösen und nationalen Idealen festhält, seine berufswirtschaftlichen Interessen vernünftig und entschieden wahrnehmen kann, ohne sich bezüglich seiner religiösen und vaterländischen Ueberzeugung Gewissenskonflikten auszusetzen. Die christlichen Gewerkschaften wünschen, daß die christlichen Grundsätze im öffentlichen Leben sich weitgehend durchsetzen und daß auch die sittlichen Triebkräfte im Wirtschaftsleben in steigendem Maße zur Geltung kommen. Dadurch, daß die christlichen Gewerkschaften einen großen Teil der Arbeiter von der Ideenwelt der ungläubigen und revolutionären Sozialdemokratie fernhalten, leisten sie auch den Religionsgesellschaften eine größere Vorarbeit, als heute in weiten Kreisen angenommen wird.

Die christlichen Gewerkschaften stehen also den öffentlichen Faktoren des Gegenwartsstaates viel näher als die Sozialdemokratie. Die badische Sozialdemokratie sucht allerdings in manchen Fragen eine andere Stellung einzunehmen als die des Reiches. Sie sieht in dem Gegenwartsstaat den Klassenstaat und bewilligt ihm den Staatshaushalt; sie erstrebt ein republikanisches Staatswesen und erweist dem Monarchen ihre Reverenzen und stimmt für die Zivilliste; sie sieht in der Regierung den Verwaltungsausschuß der besitzenden Klassen und läuft in den Ministerien die Teppiche ab, um Vorteile für sich herauszuschlagen. Ein grundsatzloseres Parteigebilde als die badische Sozialdemokratie sei ihm noch nicht zu Gesicht gekommen. Die badische und reichsdeutsche Taktik der Sozialdemokratie stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Ist die reichsdeutsche Taktik richtig, dann sei die Sozialdemokratie ein Millionenkoloß auf tönernen Füßen. Mit dieser Taktik stellt sich die Sozialdemokratie außerhalb der schaffenden Welt und begibt sich jedes politischen Einflusses. Eine Regierung könne nicht mit der rechten Seite des Hauses Militär-, Kolonie- und Weltpolitik machen und mit der linken Seite fortschrittliche Sozialpolitik. Politische Geschäfte würden im ganzen gemacht. Der politische Einfluß der Lohnarbeiter, den die Sozialdemokratie durch diese Taktik preisgebe, komme den übrigen Parteien und Volksschichten in Form von überflüssigem Einfluß zu statten.

Sei die badische Taktik richtig, dann werde zugegeben, daß die Sozialdemokratie 50 Jahre lang die Arbeiterschaft an der Nase herumgeführt, 50 Jahre um ihren politischen Einfluß betrogen hat. Wenn die heutige Taktik richtig sei und man früher danach gehandelt hätte, dann hätte der deutschen Arbeiterschaft das Sozialistengesetz und damit ein großer Leidensweg erspart werden können. Indes, die großen taktischen und prinzipiellen Fragen innerhalb der Sozialdemokratie würden nicht in Karlsruhe, sondern in Berlin entschieden, sie seien dieses Jahr in Magdeburg festgestellt worden. Danach sei eine Aussöhnung der Sozialdemokratie mit dem Gegenwartsstaat in absehbarer Zeit ausgeschlossen. Es sei demnach seltsam, daß weite bürgerliche Kreise die wirtschaftlich gesättigt seien, die ihre Kompottschüssel im Gegenwartsstaat gefüllt hätten, der Sozialdemokratie in die Hände arbeiteten. Auch weite Arbeitergeberkreise, die sich für die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten ein großes Verdienst erworben hätten, machten sich über das, was künftig werden soll, keinerlei Kopfzerbrechen. Sie hielten die christlichen Gewerkschaften für ebenso schlimm wie die sozialdemokratischen, trotzdem erstere die Stellung der Unternehmer in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ganz anders werteten. Man beurteilt die christlichen Gewerkschaften lediglich nach der etwas kräftigen Agitationssprache, ohne Verständnis dafür zu zeigen, daß die oft tiefstehenden und abgearbeiteten Arbeitermassen nicht mit einer Diplomatensprache für die Standessolidarität zu gewinnen seien.

Auch in den Kreisen der Staatsmänner herrschen gegenüber der Sozialdemokratie eine vollständige Ziel- und Direktionslosigkeit. In Berlin erwäge man Arbeitswilligen-Schutzgesetze, um die sozialdemokratische Bewegung in Schach halten zu können, während süddeutsche Staatsmänner zu gleicher Zeit in derselben Sozialdemokratie eine „großartige Bewegung" sähen. Das sei die reinste Ironie in der Weltgeschichte! Dann verlange man Zielklarheit und Grundsatzfestigkeit von den breiten Volksmassen. Mit Ausnahmegesetzen schaffe man keinen anderen Geist. Was not tue, sei vielmehr Gesinnungspflege und diese erziele man nur, wenn man sich in den Kreisen der Staatsmänner und Unternehmer sowohl in vaterländischer wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht darüber klar werde, was man wolle.

Daß die stets zunehmende Klassenentfremdung, die durch die Sozialdemokratie geschürt werde, unserm Vaterlande nicht dienlich sei, sei klar. Schließlich kommt man noch so weit wie beim Bau des babylonischen Turmes, daß man sich gegenseitig nicht mehr verstehe. Daß bei unausgesetzter innerere Befehdung, bei der fortwährenden Verekelung unseres Vaterlandes in den Kreisen der Arbeiter durch die Sozialdemokratie, unsere innere Kraft, unser Ansehen und Einfluß im Auslande Schaden erleide, unsere Wehrmacht in stets steigendem Maße angezweifelt werde, sei nicht verwunderlich. Diese wenigen, zuletzt angeführten Gesichtspunkte zeigten, welche Bedeutung einer Arbeiterbewegung mit dem Charakter der christlichen Gewerkschaften für Volk und Vaterland zukäme.

Die zehnjährige Geschichte der christlichen Gewerkschaften beweist, daß auf dem Boden ihres Programms eine ersprießliche und entschiedene Arbeiterinteressenvertretung möglich ist. Die christlichen Gewerkschaften haben im letzten Jahrzehnt große Erfolge aufzuweisen gehabt. Aus gewerkschaftlichen Ansätzen sind 22 Zentralverbände mit mehr als 300 000 Mitglieder entstanden. Die christlichen Gewerkschaften verfügen heute über eine Jahreseinnahme von über 5 Millionen Mark, haben ein Vermögen von über 5 Millionen Mark aufgespeichert, sich 27 Gewerkschaftsblätter und eine verhältnismäßig reichhaltige Gewerkschaftsliteratur geschaffen. Trotz großer Schwierigkeiten steht die christliche Gewerkschaftsbewegung nach ihrem ersten Jahrzehnt grundsätzlich geklärt, innerlich gefestigt und äußerlich erstarkt vor uns. Auf der eroberten Position muß mit Energie und Entschiedenheit weitergearbeitet werden.

Der Ausgang des Buchbinderstreiks in Hannover.

Der fast sieben Wochen währende Buchbinderstreik in Hannover hat am 22. November ein kaum befriedigendes Ende gefunden. Selbst das vor Ausbruch des Streikes von den Arbeitgebern bei den Verhandlungen am 4. Okt. gemachte, von der Arbeiterschaft aber abgelehnte Angebot ist von Arbeitgeberseite nicht mehr aufrecht gehalten worden, sondern die Einigung kam nur mit dem geringeren Angebot vom September zustande. Das Angebot vom September bewegte sich im allgemeinen um 1 M. Erhöhung der alten Lohnsätze bei einem 3jährigen Vertrag, für Gehilfen statt von 19 bis 23 M., von 20 bis 24 M. pro Woche und für Spezialarbeiter statt bisher 26 nunmehr 27 M. Bei 5jähriger Tarifperiode statt 24 M. 25 M. und statt 27 M. für Spezialarbeiter 28 M. Der Vertrag ist auf 3 Jahre zu erstgenannten Sätzen zur Annahme gelangt.

Das Angebot vom Oktober war weit günstiger als das was heute in Hannover als akzeptiert gilt. Die zugestandenen Tarifsätze vom Oktober lauteten von 20 bis 26 M., für Spezialarbeiter 28 M. und außerdem sollten Gehilfen, die 5 Jahre im selben Betriebe tätig sind und unter 28 M. verdienen 1 M. Aufbesserung erhalten. Die Arbeiterinnenlöhne sollten laut Angebot vom Oktober ebenfalls in 4 Positionen von 8 bis 13 M. und für Maschinenarbeiterinnen im 1. Jahre 10, im 2. Jahre 13 und im 3. Jahre der Berufstätigkeit 14,50 M. pro Woche betragen.

Erzielt wurde nach dem nunmehrigen Abschluß für Arbeiterinnen, daß der bisherige Minimallohn von 7 bis 11 M. auf 8 bis 12 M. pro Woche erhöht und für Maschinenarbeiterinnen von 10 bis 14 M. festgelegt wurde.

Die Angebote der Arbeitgeber betrugen vor Ausbruch des Streikes für Arbeiter 1 M. und für Arbeiterinnen 50 Pfg. bis 1 M. zum Teil mehr gegenüber dem jetzigen Abschluß.

Sicherlich ist allgemein ein besserer Erfolg erwartet worden, denn nicht nur Organisierte sondern auch Unorganisierte haben sich gleich eingangs den Kämpfenden angeschlossen. Die Siegeszuversicht ist jedoch seitens der Führer des zoziald. Buchbinderverbandes im Laufe des Kampfes immer mehr geschwunden. Der Versuch des Verbandsvorsitzenden Kloth, das Angebot vom Oktober aufrecht zu erhalten ist rundweg abgelehnt worden. Der überaus hartnäckige Standpunkt der Arbeitgeber brachte große Erbitterung in die Reihen der ausständigen Arbeiterschaft.

Am 22. November fand eine überaus stürmische Versammlung der Streikenden statt. Die Empfehlung des Verbandsvorstandes in Gemeinschaft der sonstigen Führer das Angebot vom September gutzuheißen, ist überaus scharf bekämpft worden. Verräter, hat man den Rednern, die zur Annahme und zur Beendigung des Kampfes das Wort ergriffen, zugerufen und sie durch Johlen und Pfeifen zu unterbrechen versucht. Nachdem alle nachteiligen Gründe für ein Weiterkämpfen erörtert und alle Konsequenzen bekannt gegeben waren, wurde die Aufnahme der Arbeit zum 23. November beschlossen.

Bedauerlich ist insbesondere, daß bei dieser Bewegung neben der sehr minimalen Tariferhöhung, ein großer Teil, insbesondere Arbeiterinnen, ihre Plätze besetzt sahen. 540 Arbeiterinnen waren am Kampfe beteiligt und bis zur Beendigung des Streikes hatten sich zirka 450 Arbeiterinnen, größtenteils aus anderen Berufen, zu Streikbrechern gebrauchen lassen. Die großen Anstrengungen der Arbeitgeber durch Annoncen in Fach- und Tageszeitungen, sowie die bei vielen auswärtigen Agenturen eingerichtete Streikbrechervermittelung für Gehilfen, hat zwar nicht den gehofften Erfolg gebracht, aber immerhin zu Bedenken Anlaß gegeben. Am stärksten dürfte der Widerstand der Arbeitgeber dadurch genährt worden sein, daß faßt alle eiligen Extraanfertigungen auswärts hergestellt wurden, und die Hersteller vielleicht größtenteils nicht in der Lage waren festzustellen, ob die Aufträge solche von Hannover waren. In Anbetracht, daß trotz wochenlangem Streik, der 1906 abgeschlossene Vertrag nur eine sehr geringe Erhöhung erfuhr, durch Arbeitswillige viele Plätze besetzt sind, ferner alle jene die bereits vor Ausbruch des Streiks die jetzt vereinbarten Sätze verdienten, keine Zulage garantiert bekamen, kann der Kampf mehr als eine Niederlage der Arbeiterschaft, als ein Sieg derselben bezeichnet werden.

Höchst sonderbar mutet uns der Schlußpassus im Bericht der „Buchbinderzeitung" vom 3. Dezember an, in welchem gesagt wird:

„Um die Scharte wieder auszuwetzen, sei es vor allen Dingen notwendig, daß die Kämpfer sich fest um das Banner der Organisation scharen, denn was durch festen Zusammenhalt erreicht werden könnte, hätten die Prinzipale in diesem Kampfe bewiesen. Diese seien wohl unter sich Konkurrenten, aber in der Niederzwingung der Arbeiter beseelte jene nur dies eine Ziel, das weder durch politische noch durch religiöse Meinungsverschiedenheiten zersplittert würde, wie dies leider unter der Arbeiterschaft noch sehr häufig anzutreffen sei. Mehr noch wie bisher sei notwendig, daß sich alle am Kampf beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen zur heiligsten Aufgabe machten, nicht eher zu ruhen, unseren Buchbinder-Verband nach allen Seiten so zu stärken, bis die Scharte von 1910 wieder ausgewetzt sei!"

Mit Recht ist hier die Einigkeit der Arbeitgeber hervorgehoben, die eingedenk ihrer Ziele nichts unternehmen, was eine Zersplitterung der Berufszugehörigen zur Folge haben könnte. Das ausgesprochene Bedauern des Herrn Kornacker, daß es bei der Arbeiterschaft leider noch sehr häufig der Fall sei, durch religiöse und politische Meinungsverschiedenheiten gespalten zu sein, bedeutet nichts weiter als eine kräftige Ohrfeige für das eigene Handeln, für das des zoziald. Buchbinderverbandes, für das der zoziald. Gewerkschaften.

Würden die Arbeitgeber sich in gleicher Weise innerhalb ihrer Organisation auf ein bestimmtes Parteiprogramm festlegen, wie dies bei den „freien" Gewerkschaften für die Sozialdemokratie geschieht, so wäre in diesen Kreisen dasselbe Bedauern am Platze, diese sicherlich in gleicher Weise wie die Arbeiterschaft organisatorisch gespalten.

Die für die Arbeiterschaft notwendige Neutralität ist innerhalb der „freien" Gewerkschaften nunmehr eine Unmöglichkeit. Sozialdemokratie und „freie" Gewerkschaften sind heute so innig verbrüdert, daß ohne Knechtung der Ueberzeugung für Nichtsozialdemokraten es unmöglich ist, sich mit diesen eins zu fühlen. Möge bei den Genossenverbändler künftig die Berechtigung und Notwendigkeit der neutralen-christlichen Gewerkschaften mehr erkannt werden, damit es nicht wie bisher durch den Druck der sozialdemokratischen Verbände und Mitglieder verhindert wird, die heute noch abseits stehende unorganisierte, insbesondere die nichtsozialdemokratisch denkende Arbeiterschaft, der Organisation zuzuführen.

Scharfmacher-Maßnahmen in Gengenbach.

Eine imposante öffentliche Volksversammlung war von unserm Verbande auf Sonntag den 4. Dezember einberufen worden, um zu den Vorgängen in der Papierfabrik Stellung zu nehmen. Wohl über 300 Personen darunter viele Bürger Gengenbachs, hatten der Einladung Folge geleistet. Bezirksleiter Bick aus Freiburg leitete die Versammlung und wies einleitend darauf hin, daß die Vertreter des graphischen Verbandes sowohl das Flugblatt als auch die Versammlung veranlaßt habe. Dieselben trügen infolgedessen auch die volle Verantwortung und man soll den Arbeitern von Gengenbach nicht dafür die Schuld in die Schuhe schieben. Kollege Schmitt legte dann der Versammlung in ausführlicher Weise die neuesten Vorgänge in der Papierfabrik dar und geißelte scharf das Verhalten und Vorgehen des Betriebsinhabers